

Rot-Grün an der Macht



Wann fängt geschichtswissenschaftliche Distanz an, fragt man sich angesichts eines Werkes, das es sich zur Aufgabe macht, eine Zeitspanne zu erforschen, die gerade einmal fünfzehn Jahre zurückliegt. Der Heidelberger Geschichtspräsident Edgar Wolfrum hat sich im Auftrag des C.H. Beck Verlags an das Mammut-Projekt gewagt, eine umfassende Geschichte der Regierungszeit der rot-grünen Koalition zu schreiben.

Der Autor beschreibt eine Umbruchzeit der deutschen Politik. Auf die «für viele Menschen so behagliche Nachkriegszeit»¹ folgt die «erste globale Regierung in Deutschland»², so Wolfrum. Angetreten, um das Land innenpolitisch zu erneuern, war Rot-Grün mit globalen Herausforderungen wie Krieg und Frieden, der Finanzmarktkrise und der Bedrohung des Weltklimas konfrontiert. Es geht Wolfrum darum, das Ablegen der deutschen Sonderrolle und die Entwicklung der BRD zu einer reformfreudigen und gestaltungswilligen Akteurin der Weltpolitik unter der rot-grünen Regierung darzustellen. Die Zeit der rot-grünen Koalition war schließlich eine Zeit bedeutenden Wandels, voller Tabubrüche und Reformen. An vielen Stellen wurden Entwicklungen angestoßen, die Deutschland heute innen- wie außenpolitisch definieren.

Wolfrum schreibt eine Geschichte der Macht. Schwerpunkt sind die Handlungen und Entscheidungen der Machthabenden. In diesem Fall also in erster Linie die der Sozialdemokraten und des Kanzlers. Dem Koalitionspartner, der erstmals in einer Bundesregierung vertretenen Partei Bündnis 90/Die Grünen, wird zwar Rechnung getragen, aber nur in wenigen Aspekten, wie etwa dem der Außen- und Atompolitik.

Wolfrum gelingt es, den Zeitgeist einzufangen, etwa wenn er an die Begriffe «Reformstau», der zum Ende der Kohlschen Regierungszeit aufkam, oder den der «Nachbesserung» aus der Anfangszeit der rot-grünen Koalition erinnert. Anschaulich zeigt er auf, wann Begriffe auftauchen, wer sie geprägt hat und welchem

1 Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München 2013, S. 14.

2 Ebenda, S. 11.

Konnotationenwandel sie unterlagen. Auch Medienstimmungen und Umfragen werden aufgeführt, um das machtpolitische Geschehen zu ergänzen.

Gegliedert ist das Buch in drei Hauptteile. Der erste Teil umfasst die euphorische Stimmung nach dem Wahlsieg, die vom Willen zu Reformen und innenpolitischer Modernisierung getragen war. Die hier entwickelten Erwartungen trafen angesichts der humanitären Katastrophe im Kosovo auf die harte Realität, über einen Kriegseinsatz mit deutscher Beteiligung entscheiden zu müssen. Der zweite Teil zeichnet den weltweiten Schock in Folge des Terroranschlags vom 11. September 2001 nach, der als Anschlag auf die westliche Zivilisation interpretiert wurde. Es folgen der Krieg gegen den Terror, der Krieg in Afghanistan und der Irak-Krieg. Im dritten Teil legt Wolfrum mit der Agenda 2010 die Entstehung der größten Strukturreform Deutschlands dar und er endet mit dem Zerfall der rot-grünen Koalition. Der Regierungswechsel war auch ein Wechsel der Generationen. Die Generation der 68er löste eine konservative Vorgängergeneration ab und musste sich den Sachzwängen des Regierens stellen. Innerhalb der regierenden Parteien und ihrer politischen Lager kam es zu tiefgreifenden Konflikten, die diese an den Rand der Spaltung führten.

Zwei herausragende politische Ereignisse prägten die erste Phase der rot-grünen Koalition. Einerseits der Rücktritt Lafontaines und andererseits die dramatischen Entwicklungen in Jugoslawien, die in den Kosovo-Krieg mündeten. Wolfrums Art der Aufarbeitung dieser Beispiele ist exemplarisch für seine Arbeitsmethode.

Am 11. März 1999 trat zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte ein Minister völlig unerwartet von seinem Amt zurück und legte zugleich Parteivorsitz und Bundestagsmandat nieder. An Oskar Lafontaines Rücktritt zeigt sich unabhängig von persönlichen Auseinandersetzungen ein tiefer Konflikt innerhalb der SPD zwischen «Traditionalisten» um Lafontaine und «Modernisten» um Schröder, wie Wolfrum die Lager nennt.

Wolfrum stellt Lafontaine als kenntnisreichen Finanzminister dar, der die ihm zur Verfügung stehenden fiskalischen Instrumente radikal einzusetzen beabsichtigte und sein Vorhaben ohne politisches Feingefühl durchsetzen wollte. Zudem stand Lafontaines Vorhaben, die Banken regulieren zu wollen, der Boom-Stimmung an der deutschen Börse entgegen. Schröder trat in diesem Konflikt als Gegenspieler Lafontaines auf. Der Kanzler repräsentierte einen neuen, pragmatischen Typus der Sozialdemokratie, der sich Tony Blair und Bill Clinton zum Vorbild nahm. Umfassende regulierende Maßnahmen im Finanzsektor in Bezug auf Zinshöhen und Wechselkurse waren unter Schröder nicht durchzusetzen. Allerdings gesteht Wolfrum Lafontaine zu, richtige Einsichten zur Notwendigkeit der Bankenregulierung gehabt zu haben. Seinen Rücktritt begründet Oskar Lafontaine mit dem drohenden Kosovo-Krieg. Dies, so Wolfrum, «darf getrost in das Reich der Legenden verwiesen werden»³. Dafür unterstellt er ihm aber die «trübe Einsicht, sich verzockt zu haben»⁴. Die Frage,

3 Ebenda, S. 110.

4 Ebenda, S. 120.

inwieweit Lafontaine seiner Zeit angesichts der weltweiten Finanzkrise von 2007 voraus war, wird nicht beantwortet.⁵

Die Darstellungsweise des Rücktritts von Lafontaine veranschaulicht zwei Merkmale von Wolfrums Arbeitsweise. Zum einen bemüht er sich um eine internationale Einordnung der Zeit der rot-grünen Regierung, indem er die internationalen Verknüpfungen und die Entstehung einer neuen Sozialdemokratie beschreibt. Zum anderen wird seine persönliche politische Meinung sichtbar, durch die klare Deutung zugunsten Schröders und dessen pragmatischer Machtpolitik.

Mit dem Kosovo-Krieg bahnte sich jedoch eine Krise von weit größerem Ausmaß an. Die Festlegung im Koalitionsvertrag auf den Grundsatz «deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik»⁶ schien angesichts der Entwicklungen nicht haltbar. Die Entscheidung über Krieg und Frieden in Zusammenhang mit der humanitären Katastrophe im Kosovo führte zu einer Zerreißprobe innerhalb der grünen Partei. Für die in der Friedensbewegung verwurzelte Partei stellte die Beteiligung an der militärischen Intervention im Kosovo-Krieg einen Tabubruch dar, gerade auch aufgrund der nicht vorhandenen Legitimation durch die Vereinten Nationen. Wolfrum bemüht sich, die Stimmung in der Partei wiederzugeben, hält sich dabei jedoch an Aussagen von Spitzenpolitikern und Vorkommnissen auf den Bundesdelegiertenkonferenzen. Als Symbol für die Ausnahmesituation werden die Bilder des nach einem Farbbeutelangriff mit roter Farbe beschmierten Außenministers Joschka Fischer gezeigt. Dagegen werden die Massenparteiaustritte aus der grünen Partei nicht erwähnt.

Die Grünen trugen diesen Militäreinsatz mit. Dies wurde trotz der Berufung auf die historische Verantwortung der Deutschen dann angesichts der humanitären Katastrophe zu einem bleibenden Trauma. Wolfrum nennt die Entwicklung, die die Partei durchmachte, eine Schleifung, bei der sie Realitätsverständnis gewann und der Pazifismus als «aus der Zeit herausgefallen»⁷ erkannt wurde. Alternative Präventivstrategien betrachtet Wolfrum nicht als realistische Option. Auch bleibt eine Kritik an den handelnden Regierungsmitgliedern aus. Letzten Endes wird deren Vorgehen zwar nicht als fehlerlos, jedoch als konsequent und alternativlos dargestellt. Wolfrum arbeitet die handlungsleitenden Linien der rot-grünen Regierung heraus und stellt die Sichtweise der Handelnden selbst in den Vordergrund.

Verständlich und übersichtlich gelingt es Wolfrum jedoch, die Anforderungen, die die internationale Gemeinschaft an Deutschland stellte, darzulegen. So erläutert er das Interesse der Amerikaner an einem verlässlichen Kooperationspartner zur Gestaltung der Weltpolitik. Außerdem legt Wolfrum an dieser Stelle die Debatte um das Potenzial und die Handlungsfähigkeit von UNO und NATO dar.

Die rot-grüne Koalition war angetreten, um «die Gesellschaft zu erneuern»⁸. Zahlreiche Reformen wurden zu diesem Zweck angestoßen: das Lebenspartnerschaftsgesetz, die Doppelpassregelung, die Agenda 2010, das Reformprogramm für die EU. Doch, laut Wolfrum, «verblasst alles in seiner Bedeutung vor einem zentralen

⁵ Ebenda, S. 137.

⁶ Ebenda, S. 65.

⁷ Ebenda, S. 82.

⁸ Ebenda, S. 169.

Projekt von Rot-Grün: dem Ausstieg aus der Atomenergie»⁹. Die Frage nach der Haltung zur Atomenergie war eine der großen gesellschaftspolitischen Fragen der Nachkriegszeit. Für die Grünen, die eng mit der Anti-Atom-Bewegung verbunden waren, stellte der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft ein wichtiges Ziel ihres Wahlprogramms dar. Bereits im Koalitionsvertrag wurde die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg jedoch zugunsten des «so schnell wie möglich» durchgeführten Ausstiegs abgeschwächt. Hier zeigte sich eine Tendenz der rot-grünen Regierung. Dass Deutschland schließlich als erste Industrienation den Ausstieg aus der Atomenergie beschloss, kann als großer Erfolg von Rot-Grün und vor allem der Grünen gewertet werden. Dass der Ausstieg allerdings über einen längeren Zeitraum konzipiert wurde, führt auch innerhalb der grünen Partei zu heftiger Kritik. Wolfrum beschreibt das Vorgehen des Umweltministers Jürgen Trittin als zu radikal. Erst nachdem Schröder und Fischer die Verhandlungspartner wieder an einen Tisch holten, gelang eine Vereinbarung. Wolfrum charakterisiert hier wieder das Bild einer grünen Partei, die zwar wichtige Impulse setzt, aber auch immer stark zurückstecken muss und erst durch ihren neu gewonnenen Realitätssinn regierungsfähig wird.

Die letzte große Reform von Rot-Grün war die Agenda 2010. Aus der Krise geboren ging es in der Agenda darum, den Sozialstaat effizient und leistungsfähig zu gestalten. Die Kürzungen der Sozialleistungen riefen große Kritik hervor. Besonders die Gewerkschaften mobilisierten einen Protest gegen den «sozialen Kahlschlag und [...] eine asoziale Politik»¹⁰. Wolfrum führt als einen der Hauptgründe des Scheiterns von Rot-Grün die Medienhetze unter der Leitung des Springer-Konzerns an. Nach Wolfrum war es das Ziel, «nicht nur die Reformen zu denunzieren, vielmehr sollte die Regierung [...] zu Fall gebracht, entmachtet werden»¹¹. Dass die Angstkampagnen Wirkung zeigten, ist jedoch laut Wolfrum auf die Versäumnisse der Politik zurückzuführen. Er wirft Schröder vor, nicht ausreichend Raum für Diskussion und Aufklärungsarbeit eingeräumt zu haben. Im Verlauf des Jahres 2005 schien sich die wirtschaftliche Lage wieder zu bessern, der Konflikt innerhalb der SPD hielt jedoch an. Wolfrum resümiert: «Schröder führte sein Land in den wirtschaftlichen Aufschwung und seine Partei in die Wahlniederlage.»¹² Schuld daran waren, laut Wolfrum, auch die herbeigeführten Neuwahlen, die verhinderten, dass die SPD ihre Erfolge einfahren konnte. Viele der rot-grünen Projekte blieben daher Anstöße, deren Umsetzung nicht abgeschlossen werden konnte.

Den Grünen bescheinigt Wolfrum eine sehr positive Bilanz. Sie seien zwar «loyal bis zur Selbstverleugnung»¹³ gewesen, hätten dafür aber von der rot-grünen Zeit am meisten profitiert. Ihr Gewinn besteht aus Wolfrums Sicht in Realitätssinn und Pragmatismus, die ihnen die Regierungsarbeit beschert hat.

9 Ebenda, S. 230.

10 Ebenda, S. 567.

11 Ebenda, S. 574.

12 Ebenda, S. 582.

13 Ebenda, S. 709.

Obwohl Wolfrum die von ihm beschriebene Zeit als prägend für die deutsche Gegenwart bezeichnet, hütet er sich davor, allzu konkrete Ableitungen vorzunehmen. Nur im Fall des 2011 durchgesetzten Atomausstieges führt er Fäden in die Gegenwart.

Insgesamt erweist sich Wolfrum als sorgfältiger Chronist. Systematisch arbeitet er Reformen sowie innen- und außenpolitische Krisen ab. Wolfrum ist es gelungen, in seinen historischen Deutungsangeboten von dem hoch aufgeladenen Tagesgeschehen Abstand zu nehmen und recht sachlich Zeitgeist und Konfliktabläufe wiederzugeben. Sowohl für den Laien, als auch für diejenigen, die diese Zeit politisch wachsam und involviert miterlebt haben, kann dieses Buch Übersicht, Einordnungshilfe und eine Erinnerung der Konflikte bieten.

Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München 2013.